



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Beate Raudies (SPD)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerium für Justiz und Gesundheit

Aktueller Stand zum Neubau eines Zentralklinikums im Kreis Pinneberg

Im Pinneberger Tageblatt vom 23.02.2023 wird berichtet, dass die Landrätin Elfie Heesch ein Gespräch mit der Finanzministerin Heinold geführt und darin die Finanzministerin für den Bau eines neuen Zentralklinikums eine Summe von 300 Millionen Euro garantiert habe.¹

- 1. Hat die Landesregierung für den Bau des Zentralklinikums im Kreis Pinneberg finanzielle Mittel zugesagt und garantiert? Wenn ja, in welcher Höhe und wer hat die Zusagen in welcher Form erteilt und erhalten?**

Antwort:

Der Landeskrankenhausausschuss hat das Vorhaben „Zentralklinikneubau Regio 2030“ in seiner Sitzung am 24.05.2022 in das Investitionsprogramm aufgenommen. Der voraussichtliche Förderbetrag wurde dabei, auf Basis der Sichtung der Antragsunterlagen, auf eine Summe von 300 Mio. EUR beziffert.

Die Aufnahmeentscheidung erfolgte dem Grunde nach und wurde unter den Vorbehalt der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel gestellt. Explizit wurde den Regio Kliniken, noch in der vorigen Legislaturperiode, mit Schreiben des seinerzeitigen Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren vom

¹ <https://www.shz.de/lokales/pinneberg-schenefeld/artikel/zentralklinikum-kreis-pinneberg-erhaelt-milli-onen-aus-kiel-44213216>

25.05.2022 mitgeteilt, dass die für das Vorhaben benötigten Haushaltsmittel noch nicht in den Haushalt eingestellt und noch einzuwerben sind. Hingewiesen wurde entsprechend darauf, dass eine Bewilligung der Fördermittel daher frühestens in 2024 erfolgen könne.

Die präzise Berechnung der Förderhöhe erfolgt durch das Ministerium für Justiz und Gesundheit auf Basis der vom Krankenhausträger noch einzureichenden Unterlage KHU-Bau. Die Garantie einer Fördersumme ist im Vorfeld dieser Prüfung weder rechtlich noch tatsächlich möglich.

Hinweis: Die Darstellung im angesprochenen Bericht der Lokalzeitung ist nicht korrekt. Es hat kein Gespräch zwischen Finanzministerin Monika Heinold und Landrätin Elfi Heesch stattgefunden. Stattdessen hat am 21.02.2023 ein Gespräch zwischen Frau Justiz- und Gesundheitsministerin Prof. Dr. Kerstin von der Decken und Frau Landrätin Elfi Heesch stattgefunden, in welchem die Ministerin für Justiz und Gesundheit den oben unter 1. und unten unter 3. beschriebenen Sachverhalt dargestellt und über das unten unter 4. dargestellte Ergebnis berichtet hat. In der Hauptausschusssitzung vom 22.02.2023, im Zuge derer der Artikel entstanden ist, hat die Landrätin von dem Gespräch berichtet.

2. Welche weiteren oder anderslautenden Zusagen gab es zum Bau des Zentralklinikums?

Antwort:

Das Ministerium für Justiz und Gesundheit hat keine weiteren oder anderslautenden Zusagen zu Bau und Finanzierung des Zentralklinikums gemacht. Von anderen Ministerien oder der Staatskanzlei sind anderslautende Bescheide nach dem Landeskrankenhausgesetz oder Zusicherungen (§ 108a Landesverwaltungsgesetz) ebenfalls nicht bekannt.

Unabhängig davon haben sich einige Mitglieder der Landesregierung aber auf der politischen Ebene grundsätzlich klar für eine Unterstützung des Vorhabens eines Zentralklinikums ausgesprochen, weil es der Landesregierung durchaus ein wichtiges Anliegen ist, das Signal auszusenden, dass solche Bauten mit einer Zentralisierung, die breit getragen wird, unterstützt werden und weil eine finanzielle Absicherung in Übereinstimmung mit dem Landeskrankenhausgesetz sichergestellt werden soll. Diese allgemein-politische Kommunikation zum Zentralklinikum wurde hier nicht gesondert erfasst, ist allerdings auch über die Medien nachvollziehbar.

3. Welchen Beschluss oder welche Gespräche gab es innerhalb der Landesregierung hierzu? Wurde dabei der Landeskrankenhausausschuss beteiligt und wenn ja, wann und in welcher Form?

Antwort:

Die Regio Kliniken haben mit Schreiben vom 30.03.2022 einen krankenhausplanerischen Antrag und einen Fördermittelantrag für den Zentralklinikneubau Regio 2030 an das seinerzeitige Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren gesandt. Die Anträge wurden am 24.05.2022 in der ordentlichen Sitzung des Landeskrankenhausausschusses beraten und zur Entscheidung gestellt. Dem krankenhausplanerischen Antrag auf Zusammenlegung der beiden Standorte mit Inbetriebnahme des zentralen Klinikneubaus an einem neuen Standort wurde zuge-

stimmt. Gleichmaßen wurde die Aufnahme dem Grunde nach in das Investitionsprogramm beschlossen, vorbehaltlich der noch einzuwerbenden und in den Haushalt einzustellenden Fördermittel.

4. Sind die Investitionsmittel für die nächsten Jahre in die Finanzplanung schon aufgenommen? Wenn nein, wann werden diese Mittel eingeplant?

Antwort:

Mit dem Beschluss der Landesregierung über den Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2022 bis 2026 sowie die Fortschreibung der Finanzplanung bis 2031 (Drs. 20/764) wurden die Mittel für Krankenhausbaumaßnahmen beginnend mit dem Jahr 2023 schrittweise erhöht. Damit stehen bis 2032 insgesamt zusätzlich 110 Mio. Euro Landesmittel bereit. Hinzu kommen weitere 110 Millionen Euro der Kreise und kreisfreien Städte nach dem Landeskrankenhausgesetz. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Gesamtmittel wird das Ministerium für Justiz und Gesundheit seine weiteren Entscheidungen treffen und entsprechend Förderzusagen erteilen können.